

Anita Aigner anita.aigner@tuwien.ac.at

Wohnen – ein Grundrecht. Die Versorgung mit Wohnraum ist (neben Teilhabe am Bildungssystem, der Gesundheitsversorgung und am Arbeitsmarkt) ein wesentlicher Aspekt struktureller Integration. Eine sichere langfristige Wohnung stellt eine wichtige Voraussetzung für viele weitere Schritte (struktureller wie kultureller) Integration dar. Wer in prekären Wohnverhältnissen lebt und permanent von Suche nach einer Wohnung absorbiert ist, hat keinen Kopf für Weiterbildung und Arbeitssuche.

Problematische Schnittstelle – der Sprung aus der GV. Während die Unterbringung in der Grundversorgung (GV) staatlich organisiert und gewährleistet ist, gibt es für Menschen nach Erhalt eines positiven Asylbescheids wenig Hilfe seitens der öffentlichen Hand bei der Vermittlung von Wohnraum. Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte sind bei der Wohnungssuche weitgehend sich selbst überlassen bzw. auf Hilfe von NGOs und privater Akteure angewiesen. Der Workshops fokussierte deshalb auf diesen ‚zweiten Schritt‘ in der Wohnversorgung. Ziel war der Austausch über die Wohnversorgung nach der GV.

Am Workshop nahmen v.a. ehrenamtlich und professionell in der Flüchtlingsbetreuung arbeitende Personen teil, aber auch ein einschlägig mit Unterbringung von AsylwerberInnen befasster Kommunalpolitiker und 4 Personen aus Syrien (2 junge Männer/UMF in der GV; 3 Herren aus Syrien mit positivem Asylbescheid, die mit Familie in Amstetten wohnen).

Die TeilnehmerInnen berichteten in der ersten Runde über die Unterbringung von Geflüchteten (AsylwerberInnen wie Asylberechtigten) in Pressbaum, Hainfeld, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Mattersburg, Amstetten, Wr. Neudorf, Vöcklabruck und Wien. Was die Unterbringung nach der GV betrifft, wurden die Leistungen privater Akteure und zivilgesellschaftlicher Plattformen hervorgehoben. Die Kirche, aber auch Kommunen wurden mehrfach als ‚reaktiv‘ dargestellt; sie hätten erst auf das Drängen von engagierten BürgerInnen hin mit Unterstützung reagiert; die Unterstützung seitens der Kommune scheint stark abhängig von der Einstellung/Haltung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

- Wohnungszugang nach Sektoren:

Gemeindewohnungen: Wenn auch in einzelnen Fällen auf die Unterbringung in kommunalen Wohnungen verwiesen wurde, scheint die Unterstützungsleistung der Kommunen (bislang) keine so große Rolle zu spielen (bzw. war unterrepräsentiert).

Genossenschaftswohnungen: zum Zugang zu Genossenschaftswohnungen gab es unter- bzw. widersprüchliche Angaben; TeilnehmerInnen berichteten sowohl von der Unterbringung Asylberechtigter in Genossenschaftswohnungen nach der GV als auch von der Exklusion in diesem Segment. Der Eigenmittelanteil stellt hier eine zentrale Hürde für Wohnungseinsteiger mit Fluchthintergrund dar.

Private Mietwohnungen: es wurde von der zivilgesellschaftlich organisierten Zurverfügungstellung von Wohnraum (Wohnungen wie Zimmer), aber auch von Firmen, die Wohnungen zur Verfügung stellen (auch im Zusammenhang mit Lehrstellen v.a. im Westen Österreichs), und der Unterstützung bei der Wohnungssuche von Privaten (Patenschaft über zivilgesellschaftliche Plattformen) berichtet.

Es wurde auf die zahlreichen Hürden hingewiesen, die bei der formalen Vermittlung von Wohnraum (Makler) auftreten: finanzielle Barrieren (Provision, Maklergebühr, Kautions); Diskriminierung aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und Herkunft; Vorlage eines Lohnzettels. Eine Teilnehmerin (Patin eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings) berichtete, dass sie dem (Zimmer)Vermieter gegenüber als Bürgerin aufgetreten ist.

- Soziale Netzwerke & Wohnungssuche:

In der Gesprächsrunde hat sich gezeigt, dass Kontakte zu ÖsterreicherInnen für Geflüchtete bei der Wohnungssuche besonders wichtig sind. Das stützt ein klassisches Argument der sozialen Netzwerktheorie - „The strength of weak ties“ (Mark Granovetter 1973): Kontakte zu Menschen, mit denen wir wenig gemeinsam haben, wirken sich positiver auf Wohnungssuche und insgesamt auf Eingliederung in eine Gesellschaft aus als migrantische Netzwerke, weil Ortsansässige über andere, teils nützlichere Informationen und Netzwerke verfügen als migrantische Freunde (strong ties).

Doch gegenseitige Hilfe unter Geflüchteten ist ebenso wichtig. Personen aus Syrien berichteten, dass sie Geld (für Kautions und Provision) zusammenlegen, um Landsleuten das Anmieten einer Wohnung zu ermöglichen. Aus Perspektive der Betroffenen ist es in Amstetten extrem schwierig eine Wohnung zu finden, wenn sie aus den zwei dezentral gelegenen Containersiedlungen (90 Personen Landeskrankenhaus Mauer und 60 Personen Waldheim) ausziehen müssen. Vor diesem Hintergrund hat sich eine Initiative/Gruppe in der syrischen Community formiert, die selbst darüber nachdenkt, wie sie ihre (Wohn)lage bzw. den Einstieg in den Wohnungsmarkt verbessern kann.

>> Geflüchtete sind hilfsbedürftig, aber nicht hilflos. Es sind sämtliche Versuche seitens der Zugewanderten zu begrüßen und zu fördern, die darauf abzielen, die ‚eigene Stimme‘ zu erheben, Bedürfnisse und Vorschläge zu artikulieren. Die zivilgesellschaftliche Teilhabe der Neuankömmlinge kann von Seiten der Gemeinde gefördert werden, indem deren VertreterInnen gezielt zu Gesprächen eingeladen werden; Flüchtlings-BetreuerInnen können ebenfalls unterstützend wirken, indem Sie die Geflüchteten ermutigen, mit konkreten Vorschlägen und Ideen zur besseren Vermittlung und Aktivierung von Wohnraum an PolitikerInnen heranzutragen.

- *Adaptierungen/Nutzung von Leerstand:*

Es wurde von Neu- und Umnutzung bestehender leerstehender/ungenutzter Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten berichtet (Beispiel ‚mobiler Kindergarten‘ in Wr. Neudorf). Aus dem Burgenland wird berichtet, dass in dezentraler Lage genug Wohnraum zur Verfügung wäre, dieser aber von BesitzerInnen nicht zur Verfügung gestellt wird.

>> Innerhalb der Diskussionsrunde wird der Vorschlag erarbeitet, dass sich in Zukunft Träger und Netzwerke zur Aktivierung von Leerstand bilden sollten.

Schön wären Projekte, wo Geflüchtete selbst Hand anlegen können, auch bei der Schaffung/Adaptierung von Wohnraum. In Österreich bräuchte es Pilotprojekte, wo gezeigt wird, dass Integration auch durch Einbindung der Eigenleistung Geflüchteter am Bau von statten gehen kann. Die Revitalisierung eines brachliegenden/ungenutzten Objekts böte auch die Möglichkeit, dass Ortsansässige mit Geflüchteten zusammen etwas erschaffen (ein Café; einen Verkaufsraum ...)